

## "Die Saar - ein deutsche Frage" in Die Gegenwart (15. September 1949)

**Legende:** Am 15. September 1949 stellt die deutsche Zeitschrift Die Gegenwart die Frage nach der politischen Zukunft des Saarlandes und legt detailliert die diesbezüglichen Diskussionen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) dar.

**Quelle:** Die Gegenwart. Hrsg. Brück, Max von; Freund, Michael; Haerdter, Robert; Hauenstein, Fritz; Küsel, Herbert; Oeser, Albert; Reifenberg, Benno; Sieburg, Friedrich ; Herausgeber Reifenberg, Benno. 15.09.1949, Nr. 91; 4. Jg. Freiburg im Breisgau: Die Gegenwart GmbH. "Die Saar - ein deutsche Frage", p. 1-2.

**Urheberrecht:** (c) Die Gegenwart

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/die\\_saar\\_ein\\_deutsche\\_frage\\_in\\_die\\_gegenwart\\_15\\_september\\_1949-de-4ec0b403-8177-41b4-9655-59662c0c5695.html](http://www.cvce.eu/obj/die_saar_ein_deutsche_frage_in_die_gegenwart_15_september_1949-de-4ec0b403-8177-41b4-9655-59662c0c5695.html)

**Publication date:** 18/12/2013

## Die Saar — eine deutsche Frage

Es gibt für uns keine politische Frage mehr, die bloß eine deutsche und nicht auch eine europäische wäre, nachdem dieses Deutschland selbst und die „deutsche Frage“ eine Aufgabe geworden ist, die ganz Europa beschäftigt. Natürlich gilt das besonders für unsere außenpolitischen Verhältnisse, die als solche, als deutsche und europäische Realität, gegeben sind, auch wenn es noch nicht wieder eine deutsche Außenpolitik als Inbegriff und Verwirklichung deutscher Initiativen gibt. Insofern können die Beziehungen zu unseren Nachbarn und ihre faktischen Bedingungen nicht isoliert betrachtet und eventuell so geregelt werden, als gingen sie nur uns und den jeweiligen Partner allein an. In diesem Sinne gibt es keine „nationalen“ Lösungen mehr. Trotzdem können wir uns nicht des fatalen Eindrucks erwehren, als suchten manche unserer Nachbarn in bestimmten Fragen europäische Lösungen durch nationalpolitische Entscheidungen zu überrunden, ja die nationalpolitischen Motive und Ziele ihrer Politik dadurch zu bemänteln, daß sie ihnen ein „europäisches“ Kostüm umhängen.

So geschieht es seit kurzem mit der Saarfrage, die nun einmal als eines der delikatesten außenpolitischen Probleme zwischen Deutschland und Frankreich steht. Zwar konnte Frankreich mit seinem Vorschlag, das Saarland als „assoziiertes Mitglied“ in den Europäischen Rat aufzunehmen, die Saarfrage als solche nicht ihres spezifisch deutsch-französischen Charakters entkleiden, aber es versuchte doch, ihr damit ein „europäisches“ Attribut anzufügen, das den Anschein verstärken sollte, es habe Deutschland weniger mitzureden, als es tatsächlich der Fall ist. Das deutsch-französische Gespräch (und das war es immerhin), das sich daraus entwickelt hat, fand seinen freilich negativen Niederschlag in dem Beschluß der Beratenden Versammlung in Straßburg, die Zulassung neuer Mitglieder und neuer assoziierter Mitglieder auf das Jahr 1950 zu vertagen, einem Beschluß, der Verlegenheit, vielleicht aber auch europäische Gewissenhaftigkeit bekundet, indem er, was nur französischen Aspirationen gedient hätte, nicht als „europäisches“ Interesse ausgab. Freilich: dieser Beschluß betraf die „deutsche“ und nicht bloß die Saarfrage. Aber indem sie beide vor einem europäischen Forum auf den gleichen Nenner gebracht wurden, hat man in Straßburg so etwas wie ein gutes Werk an Europa getan, vor dem die Saarfrage von der „deutschen“ Frage eben nicht gelöst werden kann. Ob es richtig ist, den Beitritt Deutschlands zum Europa-Rat sozusagen vom Ausschluß des Saarlandes abhängig zu machen, bleibe einmal dahingestellt.

Notwendig aber ist es, den politischen Status des Saargebiets von Deutschland aus so lange nicht für endgültig in europäischem Sinne geklärt zu halten, als er nicht jene Legitimation erhalten hat, die allein der Tradition europäischer Demokratie entspricht, wenn anders die Worte „Demokratie“ und „europäisch“ nicht bloß farbenprächtige Kulissen in einem politischen Marionettentheater sein sollen, dessen Figuren sich eben so bewegen, wie die „Drahtzieher“ nationaler Interessen es wollen. Das bedeutet nicht allein, daß Deutschland nur die durch einen Friedensvertrag sanktionierte Lösung anerkennen kann, was natürlich nicht ausschließt, daß die westdeutsche Bundesregierung, wie es der französische Außenminister angeregt hat, von sich aus darangeht, „die Beziehungen zwischen ihr und der Saar zu regeln“. Es mag in einer solchen „Regelung“ ein vor allem wirtschaftlicher Modus vivendi gefunden werden, für den heute andere — und tragfähigere — Grundlagen gegeben sein dürften als 1947, wo das Volk an der Saar von der Erkenntnis durchdrungen war, „daß sein Bestand und seine Entwicklung durch organische Einordnung des Saarlandes in den Wirtschaftsbereich der französischen Republik gesichert werden können“. So jedenfalls steht es in der Präambel zur saarländischen Verfassung, und sie ist es, deren Legitimität von Deutschland unter europäischem Aspekt bezweifelt wird, so lange jedenfalls bezweifelt werden muß, bis das saarländische Volk selbst sie durch eine echte Volksabstimmung gebilligt hat. Ob das Votum vom 5. Oktober 1947 ein „plébiscite des ventres“ war, steht nicht mehr zur Diskussion, wohl aber, ob es eine Abstimmung gewesen ist, die den wirklichen politischen Willen des Saarlokes zum Ausdruck brachte. Man weiß: es wurde nicht über die Verfassung abgestimmt, sondern ein Landtag gewählt, der diese Verfassung dann gutgeheißen hat. Daß die saarländische Regierung in Straßburg durch ein Memorandum zu dieser Frage überhaupt Stellung nahm, ist nur ein Symptom mehr für die Fragwürdigkeit der Entscheidung vom 5. Oktober 1947.

Es ist die Frage, die Deutschland stellt: an die Deutschen der Saar, an Frankreich, an Europa. Es geht nicht darum, daß „die Deutschen endgültig und ohne Hintergedanken auf alle Souveränitätsrechte im Saarland verzichten“ (wie das französische Außenministerium am 1. August geschrieben hat). Es geht darum, daß die Deutschen im Saarland nicht darauf verzichten müssen, unmittelbar und unabhängig und nach wahrhaft

europäischem Recht und Brauch darüber zu entscheiden, unter welcher politischen Souveränität sie künftighin stehen wollen. Und was die wirtschaftliche Seite betrifft, so sollte, wenn ein Ruhrstatut möglich war, ein Saarstatut — und vielleicht sogar ein besseres — nicht unmöglich sein. Hier, wie überall, steht nur eines auf dem Spiel: aus einer deutscher Frage eine europäische Gewißheit zu machen.